

Die Tagungen der AFP

Wenn es in Österreich Herbst wird, geschehen manche Dinge so sicher wie das Vergilben des Laubs, zum Beispiel die Ankündigung unserer Arbeitsgemeinschaft für Politik, eine Akademie-Tagung veranstalten zu wollen. Und wie das Amen in der Kirche folgt darauf eine so synchrone Hetzkampagne in den Medien, daß unwillkürlich eine Orchestrierung vermutet werden muß.

Sie verstecken es gar nicht: die Quelle nennt sich „DÖW“, lebt vom Staat, also vom Geld der Bürger, und sprudelt selbstgebrauten anachronistischen „Antifaschismus“.

Die DÖW-ler halten anscheinend die AFP für eine gefährliche Vereinigung von Feinden einer Demokratie, die ausgerechnet sie, die in einer kommunistischen Garküche pochiert wurden, verteidigen zu wollen vorgeben.

Der gehorsame Nachhall der DÖW-Unkenrufe ist in vielen Blättern zu finden. Viel ist da von bösen „Extremisten“ die Rede, von „rechter Gefahr“. Vermeldet wird u.a., daß Robert Strießnig, Bürgermeister „alle Hebel in Bewegung setzen will, um die Veranstaltung zu unterbinden“. (Und wir dachten, das Recht der Versammlung sei garantiert, und Behörden hätten dieses Recht zu schützen, nicht aber zu bekämpfen!)

Sonderbar nur, daß z. B. die „Kleine Zeitung“, nach „Aufregung“ und „Empörung“ zuletzt sogar den amtlichen Demokratieschützer von Kärnten, also den dortigen Leiter der politischen Polizei, Helmut Mayer, wie folgt zitiert: „Er [H. Mayer] berichtet, daß solche Treffen von Rechten seit fast 40 Jahren in allen Bundesländern stattfinden. Mehrmals sei Feldkirchen Veranstaltungsort gewesen.

Auffälligkeiten oder strafgesetzwidrige Vorgänge habe es nie gegeben.“ [Hervorhebung durch WB]. Wie bitte? Seit 40 Jahren? Nie was gewesen?

Ein halbwegs gehirnbestücktes Wesen müßte annehmen, der Logik folgend, daß ein Kreis politischer Freunde, die sich durch vierzig Jahre, trotz allerlei Anfeindungen und übler Nachrede, gesetzeskonform und ordentlich verhalten hat, keinerlei „Gefahr“ sein kann.

Um dies zu erkennen, muß man es nicht einmal zum „wissenschaftlichen Leiter“ gebracht haben, denken wir. Aber vielleicht geht es Herrn Neugebauer nur darum, zwecks weiterer Subventionen ein gewisses Plansoll an lautem „Antifaschismus“ vorzuweisen zu können.

Schließlich hängen wohl auch davon seine politisch geförderten Frühstücksbrötchen ab.
